

Vertrag über Zusammenarbeit

Die internationalen Beziehungen unserer Hochschule haben sich in den vergangenen Jahren beständig erweitert. Dazu gehören auch die freundschaftlichen Verbindungen zu Hochschulen und Universitäten der Volksrepublik Polen.

Eine der jüngsten Abmachungen mit polnischen Wissenschaftsinstitutionen ist der Vertrag über Zusammenarbeit zwischen unserer Technischen Hochschule und der Pädagogischen Hochschule Opole. Dieser Vertrag wurde Anfang dieses Jahres nach einem vorangegangenen Besuch des Rektors unserer Hochschule in Opole abgeschlossen und stellt eine Erweiterung der zum früheren Pädagogischen Institut Kork-Mon-Stadt bestehenden Beziehungen dar.

Die Zusammenarbeit der beiden Hochschulen basiert vor allem darauf, daß beide Institutionen gleiche Aufgaben bei der Heranbildung sozialistischer Lehrer für die Unionsrepublik Polen, die Physik und Polytchnik zu erfüllen haben und sich daraus gute Möglichkeiten der Erfahrungsaustausch auf den Gebieten der Lehre, Erziehung und Forschung ergeben. Zu den Formen der Zusammenarbeit, die schrittweise weiterentwickelt werden soll, gehören regelmäßige gegenseitige Besuche von Wissenschaftlern, gegenseitige Einladungen zu wissenschaftlichen Veranstaltungen, Gastvorlesungen und Austausch von Publikationen.

Der Sozialismus prägt Volkspolens neues Antlitz

Gedanken zur Tausendjahrfeier des polnischen Staates

Von Dr.-Ing. Horst Aurich

In diesem Jahr erreichen die Feiern anlässlich des tausendjährigen Bestehens des polnischen Staates ihren Höhepunkt. Deshalb möchte ich einige persönliche Gedanken zu diesem Ereignis beisteuern, da ich mich durch meinen mehrjährigen Aufenthalt in der Volksrepublik Polen mit dem polnischen Volk stark verbunden fühle.

Weit war der Weg vom Zusammenstoß polnischer Volkstämme in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts zu einem gemeinsamen Staat. Über den 22. Juli 1944, den Tag der Wiedergeburt Polens — wie man den Nationalfeiertag nennt, an dem sich in Chelmb die Provisorische Polnische Regierung konstituierte — bis zur heutigen Volksrepublik.

Im Laufe der Jahrhunderte wurden die deutsch-polnischen Beziehungen durch Eroberungskriege, Pesten der feudalen und militärischen Kräfte der Mark Brandenburg, des Deutschen Ritterordens und des preussischen Junkerstaates geprägt. Die Zeit des zweiten Weltkrieges mit der faschistischen Okkupation war besonders tragisch und furchtbar für unseren Nachbarn.

Dieser Rückblick erscheint mir wichtig, wenn man überhaupt die ganze vom polnischen Volk geleistete Aufbaubarbeit einschätzen will. Denn nach Beendigung des zweiten Weltkrieges war das heutige Polen nur ein riesiges Trümmerfeld. Die Okkupanten hatten sechs Millionen Todesopfer gefordert und unermessliche Verluste an polnischen Nationalitäten verursacht. Auf eine in der Geschichte einmalige barbarische Weise wurde das polnische Volk systematisch physisch dezimiert und dabei auch die Basis des wissenschaftlichen Lebens ausgerottet, indem man den Lehrkörper der Hochschulen und Universitäten arretierte, ermordete oder in die Konzentrationslager deportierte.

Die Regierung der Volksrepublik stand nach dem Krieg vor schweren und großen Aufgaben. Die Zerstörungen mußten beseitigt und die Wirtschaftsstruktur des Landes umgestaltet werden. Es wurde eine Bodenreform durchgeführt, und die Industrie wurde reorganisiert.

Warschau wurde zum Symbol des Wiederaufwillens des ganzen polnischen Volkes. Heute ist Warschau, das bei Kriegsende keine unbeschädigte Wohnung mehr hatte, eine moderne Großstadt, und wer einmal längere Zeit dort gelebt hat, kann sich dem Flair dieser Stadt nicht mehr entziehen und wird es nie mehr vergessen.

Aber nicht nur Warschau legt Zeugnis für die Aufwärtsentwicklung Polens ab. Die fast total zerstörten Städte Wrocław und Gdansk wurden wiederaufgebaut. Für Gdansk sieht die Perspektive eine Vereinigung mit Sopot und Gdynia vor. Dort soll dann im Norden eine „Dreistadt“ entstehen, die wirtschaftliche und geistige Zentrum dieser Gegend ist; denn sowohl die Industrie — Häfen, Werften und andere Betriebe — als auch die Technische Hochschule in Gdansk bestimmen den Charakter dieser drei Städte.

Eine gewaltige Leistung des polnischen Volkes war es auch, das große und völlig zerstörte wirtschaftliche Potential der Westgebiete wieder aufzubauen und weiterzuentwickeln. So ist der Aufbau des Halbleiters „Sowa Huta“ bei Krakow einmal ein Zeichen der sowjetisch-polnischen Freundschaft, da die Sowjetunion unersetzlich und großzügig half, als auch der Beginn einer umfassenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur Polens.

Die Volksrepublik Polen tut unter Führung der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei den ersten Schritt zur Industrialisierung des Landes, zur Schaffung einer schwerindustriellen Basis und zur sozialistischen Umgestaltung Polens. Dabei war die Einbeziehung der neuen Westgebiete Polens in die Gesamtstruktur des Landes eine wichtige Aufgabe, die nicht leicht war. Heute kann man sagen, daß diese Probleme gelöst sind. Polen besitzt in Ober- und Mittelschweiz eine moderne Großstadt, und wer einmal längere Zeit dort gelebt hat, kann sich dem Flair dieser Stadt nicht mehr entziehen und wird es nie mehr vergessen.

Nach Kriegsende lag die Aufgabe vor, den Aufbau des wissenschaftlichen Lebens. Die zerstörten Hochschulen und Universitäten wurden wiederaufgebaut und eröffnet. Neue Hochschulen wurden gegründet. Als Beispiel sei hier die Technische Hochschule in Lodz genannt, die 1945 neu geschaffen wurde und die im vergangenen Jahr die Polnische Akademie der Wissenschaften gegründet, was ein wichtiger Schritt im Rahmen der Wiederherstellung eines normalen wissenschaftlichen Lebens war.

Alle angeführten Fakten unterstützen den Aufbau- und Lebenswille des polnischen Volkes. Neben den gewaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die das Gesicht des neuen Polens prägen, ist aber ein wichtiger Fakt nicht zu vergessen, der eine große Rolle spielt. Ich meine die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten.

Zum ersten Mal in der Geschichte Polens bebrückt die Freundschaft mit seinem westlichen Nachbarn das deutsch-polnische Verhältnis. So ist die Entstehung des ersten demokratischen und friedliebenden deutschen Staates auch in dieser Hinsicht eine historische Wende; denn mit der Volksrepublik Polen verbindet uns Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Lebens und gemeinsame Interessen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein wichtiges Maß der Beziehungen zwischen zwei Staaten. Während die DDR nach der UdSSR zweitgrößter Handelspartner Polens ist, nimmt die Volksrepublik Polen im Handel der DDR den dritten Platz ein. Das langfristige Handels- und Wirtschaftsabkommen sieht für die Jahre 1967/70 eine weitere Steigerung vor. Die Zusammenarbeit, die in Richtung der Spezialisierung und Kooperation in der chemischen Industrie, im Bergbau, Hüttenwesen, Maschinenbau und dem Transport ist, wird auch zu einer Vertiefung und Stärkung der gemeinsamen politischen Interessen führen. Hier werden schon höhere Formen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung realisiert.

In der Zusammenarbeit zwischen der DDR und Polen haben die politischen Beziehungen gegenwärtig besonderes Gewicht. Vor allen Dingen ist es der gemeinsame Kampf gegen die für den Frieden gefährliche Politik der herrschenden revisionistischen Kräfte in Westdeutschland.

Polen braucht für sein Aufbaugesamt den Frieden wie jedes andere sozialistische Land auch und zur Erhaltung des Geschaffenen gemeinsame Sicherheitsgarantien. Diese Sicherheit bietet die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im Rahmen des Warschauer Vertrages. In der gegenwärtigen Situation sind die Einheit und die Stärke der sozialistischen Staaten — der Mitglieder des Warschauer Vertrages — und ihre konsequente Friedenspolitik die wichtigste Garantie für die Sicherung des Friedens auf dem europäischen Kontinent. Unsere beiden Völker verbinden die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Aufbaus und der Wille, die Realisierung des Programms der Kämpfer in der Bundesrepublik, das eine Liquidierung der DDR und Bevornahme gegenüber Polen vorzuziehen.

Diese Gedanken bewegen mich anlässlich der Feierlichkeiten zum tausendjährigen Bestehen des polnischen Staates, Gedanken, die die Freundschaft zwischen der DDR und Volkspolen, die Zusammenarbeit beider Staaten und ihre gemeinsamen Lebensinteressen zum Inhalt haben, die sich aber auch mit dem tief humanen Gedanken dieser Feierlichkeiten beschäftigen. Was unter anderem durch die Einweihung von tausend Schulen in ganz Polen zum Ausdruck kommt, Tausend Schulen, die aus Spenden des ganzen polnischen Volkes erbaut wurden und als Denkmal den Beginn des zweiten Jahrtausends polnischer Geschichte verkünden.

Student A. Poppitz berichtet von der

Freundschaft an der Oder

Wir waren eine Delegation von 18 Studenten aus dem Bezirk Rostock-Stadt, unter ihnen vier FDJler unserer Hochschule, die Anfang Juli an einer achtstägigen Freundschaftsfahrt mit polnischen Studenten auf der Oder teilnahmen. Eine solche Fahrt wird jedes Jahr vom polnischen Studentenbund „ZSP“ organisiert und ist bereits zu einer schönen Tradition geworden.

In diesem Jahr erhielt sie dadurch besondere Bedeutung, daß Volkspolen in diesen Wochen das tausendjährige Bestehen des polnischen Staates feiert und zur Zeit unserer Reise sich die Unterzeichnung des Vertrages über die Oder-Neiße-Friedensgrenze zwischen der DDR und Polen zum 18. Male jährt.

Unsere Fahrt ging zunächst bei Görlitz über die Grenze und auf polnischer Seite weiter nach Wrocław, wo wir zwei erlebnisreiche Tage verbrachten. So besichtigten wir unter anderem einen der größten Braunkohlentagebaue Europas, Turów I und II.

Dabei und zu anderen Gelegenheiten konnten wir, uns in Gesprächen mit den polnischen Freunden davon überzeugen, daß Volkspolen beim Aufbau des Sozialismus rasche Fortschritte macht.

Besonders interessante Diskussionen hatten wir anlässlich der Seminare, die wir gemeinsam über solche wichtige Probleme durchführten wie die Sicherheit in Europa, die Stellung Volkspolens zu den beiden deutschen Staaten und andere. Aus diesen Seminare konnten wir die sichere Gewißheit mitnehmen, daß die polnischen Jugendlichen ebenso wie wir wissen, was ihre Freunde und wer ihre Feinde sind.

Es zeigte sich, daß sie klar zwischen den friedliebenden Menschen und den revisionistischen Kräften in Deutschland, zwischen der DDR und dem Bonner Staat, zu unterscheiden wissen. Das wurde von den polnischen Freunden auch bei gemeinsamen Kundgebungen, wie beispielsweise auf der Freundschaftsbrücke zwischen Frankfurt und Stubiitz, anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über die Oder-Neiße-Friedensgrenze deutlich ausgedrückt.

In Sorzetz ging die schöne Fahrt zu Ende, doch keineswegs für immer; denn wir haben in dieser Woche feste Freundschaften geschlossen. Jetzt geht der Austausch der Gedanken durch Briefwechsel weiter, und natürlich hoffen wir, uns im nächsten Jahr wiederzusehen.

Vorweg möchten wir den polnischen Freunden von hier aus noch einmal für die unverglichenen Tage, die wir mit ihnen auf unserem gemeinsamen Grenzfluß und in ihrem Land verleben durften, herzlich danken. Wir versichern, daß wir alles tun werden, um die deutsch-polnische Freundschaft zu festigen und zu erhalten, im Interesse unserer beiden Völker den Frieden in Europa zu erhalten.

In Sorzetz ging die schöne Fahrt zu Ende, doch keineswegs für immer; denn wir haben in dieser Woche feste Freundschaften geschlossen. Jetzt geht der Austausch der Gedanken durch Briefwechsel weiter, und natürlich hoffen wir, uns im nächsten Jahr wiederzusehen.

Vorweg möchten wir den polnischen Freunden von hier aus noch einmal für die unverglichenen Tage, die wir mit ihnen auf unserem gemeinsamen Grenzfluß und in ihrem Land verleben durften, herzlich danken. Wir versichern, daß wir alles tun werden, um die deutsch-polnische Freundschaft zu festigen und zu erhalten, im Interesse unserer beiden Völker den Frieden in Europa zu erhalten.

Auf der internationalen Pressekonferenz, die vor wenigen Wochen in Berlin stattfand, unterbreitete das Mitglied des Politbüros der SED Prof. Albert Norden, der Weltöffentlichkeit alarmierende Einzelheiten über die aggressiven, expansionistischen Ziele der Politik des westdeutschen Imperialismus. Albert Norden erhob sich vor den Vertretern der internationalen Presse und der Rundfunk- und Fernsehstationen die gefährlichen Pläne Bonn zur Annexion und Ausplünderung der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit dem sogenannten „Grauen Plan“ beabsichtigt die Erhard-Regierung im Interesse der westdeutschen Monopolherren, die imperialistische Profitwirtschaft auch auf das Gebiet der DDR auszudehnen. Übernahme unserer volkswirtschaftlichen Betriebe durch die westdeutschen Konzerne, Bildung von „Arbeitsgruppen“, „Leistung“ der Belegschaft des FDGB, „Bauernland in Junkerhand“ — das sind die Ziele, die der Bonner Machtkomplex in der DDR verwirklichen möchte.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche verwerfliche, völkerverhetzende Konzeption der westdeutschen Imperialisten von der Bevölkerung unserer Republik einmütig abgelehnt wird; denn sie hat eine ganz andere Auffassung von dem künftigen Vaterland aller Deutschen. Sie will keine „Einverleibung“ der DDR in den westdeutschen Militaristenstaat, sondern die Verwirklichung der Vorschläge, die von Walter Ulbricht,

dem Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, im April dieses Jahres aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der SED entwickelt wurden und die im großen nationalen Dialog bereits überall Widerhall gefunden haben. Sie will, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgeht und die Demokratie für das Volk in ganz Deutschland gesichert ist.

Die Bevölkerung der DDR will aber vor allem, daß die großen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, die von ihr in zwanzig Jahren harter Arbeit geschaffen wurde, nicht von den Imperialisten nicht angetastet werden. Deshalb support sie sich allseits über die räuberischen Pläne des Bonner Staates und bringt das unumverträglich zum Ausdruck.

Auch die Studenten unserer Hochschule sagen zu den Resolutionen Bonn unverbunden: Das kommt ja nie in Frage! Wie lassen wir uns von diesen doch unser Volkseigenem und alles, was wir als sozialistischen Errungenschaften haben, nicht stehlen!

Wir geben nachstehend auszugsweise ein Gespräch wieder, das Redaktionsmitglied des „Hochschul-Spiegels“ mit einigen Studenten verschiedener Studienjahre führte.

Redaktion: In Bonn existiert seit langem ein sogenannter „Forschungsberrat“. Von diesem Gremium wurde, wie Ihnen bekannt ist, der „Graue Plan“ fabriziert. Danach sollen unsere sozialistische Wirtschaft und auch alle übrigen großen Errungenschaften, beispielsweise auf dem



Auf der Friedensbrücke in Frankfurt/Oder, herzliche Begrüßung einer Delegation von Studenten aus Volkspolen und der DDR, darunter Kommilitonen unserer Hochschule, durch den 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung. Die Freunde nahmen gemeinsam an einer Freundschaftsfahrt auf der Oder teil.

Foto: „Junge Welt“ Norbert Papper

Eine gefährliche Illusion

Studenten unserer TH zum Bonner „Grauen Plan“

Gebiet der Bildung und der Sozialpolitik, durch einen Handstreich liquidiert werden. Was ist Ihre Meinung dazu?

Richard Trichmann (63/2): Für mich ist klar: Ich unterstütze die Politik unserer Staates, die den revisionistischen Absichten Bonn entgegenwirkt. Es ist für mich undenkbar, wenn hier an unserer Hochschule das alte Bildungsprivileg wieder Einzug halten würde, wenn unser Bildungswesen, das sich in der Welt wirklich sehen lassen kann, etwa den westdeutschen Monopolen dienen sollte.

Redaktion: Unsere sozialistische Wirtschaft, die von Volk geschaffen wurde und die ein großes Potential für den Frieden und die sichere Grundlage für das Glück und die Wohlstand unserer Menschen darstellt, wird niemals in die Hände der Konzernbosse fallen.

Gerhard Göppinger (64/3): Die Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft haben sich längst klar erwiesen und zeigen sich immer deutlicher. Ich denke auch daran, daß Erscheinungen wie soziale Unsicherheit und Existenzangst, die im Kapitalismus die Menschen zwingen, bei uns längst der Vergangenheit angehören. Ich möchte sagen: Wir werden in der DDR niemals wieder eine kapitalistische Herrschafts- und Wirtschaftsform dulden, die doch heute ohnehin in der ganzen Welt zum Untergang verurteilt ist.

In der Tat, die Bevölkerung unserer Republik denkt gar nicht daran, sich jemals wieder in eine Ge-

sellschaftsordnung zurückzugeben, die durch unerschütterliche Ausbeutung und Existenzangst gekennzeichnet ist. Sie hat sich für den Sozialismus entschieden, der soziale Sicherheit und Freiheit von Furcht vor der Zukunft bedeutet. Das brachten unsere Gesprächspartner, Kinder von Werktätigen, klar zum Ausdruck.

Günter Eiler (64/3) wies auch auf die volkshistorische Rolle der Unternehmervereinigungen hin, die in Westdeutschland als die hauptsächlichsten Drahtzieher der Bonner Politik die Demokratie mit Füßen treten. „Und diese Unternehmervereinigungen sollen, laut „Grauen Plan“, auch bei uns wieder ihre Herrschaft ausüben? Das ist doch völlig illusorisch.“

Redaktion: Natürlich, die Annexionen der westdeutschen Monopole sind zwar eine Illusion, sind undurchführbar, aber sie sind doch sehr gefährlich. Eine unserer wichtigsten Aufgaben besteht deshalb darin, die friedensfeindliche und imperialistische Politik der westdeutschen CDU/CSU-Regierung wie sie im „Grauen Plan“, im Alleinvertragszusammenbruch, in den Rechtsanwaltschaften und anderen friedensfeindlichen Maßnahmen Bonn zum Ausdruck kommt, beständig vor aller Welt zu entlarven und die Verwirklichung ihrer Pläne zu verhindern.

Gerhard Göppinger: Ja, denn gerade jene imperialistischen Kräfte, die hinter dem „Grauen Plan“ stehen, sind doch auch diejenigen, die nach den Notstandsgesetzen schreiben und sie gegen die westdeutsche Bevölke-

rung durchzusetzen wollen, um ihre Kriegsgelüste verwirklichen zu können. Ich glaube, hier zeigt sich die Verantwortung der DDR und die große Bedeutung unserer nationalen Dialogs. Wir tragen damit dazu bei, daß die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland gegen die Initiativen des „Grauen Plans“ und der Notstandsgesetze mobilisiert und alle Menschen in der Bundesrepublik vor der großen Gefahr gewarnt werden, die von der imperialistischen Politik ihrer Regierung ausgeht.

Günter Eiler: „Es liegt doch heute vor allem in den Händen der Arbeiterklasse, in Westdeutschland demokratische Verhältnisse herbeizuführen und die aggressiven Kräfte zurückzudrängen.“ Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde dazu immer wieder betont, daß es jetzt notwendig sei, das nationale Gespräch auf bestmöglicher Grundlage weiterzuführen. Die Teilnehmer forderten vor allem: Die SPD-Führung muß endlich von dem Kurs der Gleichschaltung mit der CDU/CSU abkommen und den Weg einer eigenen nationalen Deutschlandpolitik betreten.

Für die Weiterführung des Dialogs zwischen allen friedliebenden und demokratischen Kräften in Deutschland kommt es nach wie vor darauf an, die nationalen Grundfragen in den Mittelpunkt zu stellen. Das sind vor allem: Erhaltung des Friedens in und für Deutschland und die Normalisierung der Beziehungen und die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten.

H. R.